

STELLUNGNAHME

zum Arbeitspapier „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“

5. Juni 2026

Am 16. April 2026 veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein internes Arbeitspapier, in dem Vertretungen einzelner Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände unter Leitung des Kanzleramts drastische Kürzungen in Milliardenhöhe bei Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe vorschlagen.¹ Unter dem Titel „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ wird empfohlen, das SGB VIII umzugestalten und Rechtsansprüche von Kindern, Jugendlichen und Familien abzuschwächen, in die Zukunft zu verschieben oder ganz aufzugeben.

Als Landesjugendring Thüringen e.V. lehnen wir diese Ideen entschieden ab. Sie schaden den Interessen junger Menschen und stellen den Versuch dar, den finanziellen Druck bzw. die finanzpolitische Schieflage der öffentlichen Hand zu Lasten der in Deutschland lebenden Menschen auszutarieren und sich letztlich zu sanieren.

Von den vorgeschlagenen Kürzungen besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche mit Behinderung, geflüchtete junge Menschen und Kinder von Alleinerziehenden. So wird unter anderem vorgeschlagen, dass

- Integrationshilfen und die Schulassistenz für 440.000 Kinder und Jugendliche mit Behinderung in weiterführenden Schulen gestrichen bzw. durch die Schulen selbst erbracht werden sollen.
- für unbegleitete minderjährige geflüchtete Menschen ab 16 Jahren „Sonderregelungen abweichend von den sonstigen Standards der Kinder- und Jugendhilfe“ geschaffen werden sollen - ein Vorschlag, der junge Menschen aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt.
- der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Kindergarten nach hinten verschoben und zugleich Qualitätsstandards in den Einrichtungen gesenkt werden sollen. Hier wird sogar das Wording mitgeliefert: „Schritt zu mehr Selbstverantwortung in den Familien“ - ein Familienbild, das rückwärtsgewandt ist.

¹ [Der Paritätische Gesamtverband. Drohender Kahlschlag im Sozialen.](#)

- der Unterhaltsvorschuss ebenfalls gekürzt werden soll – ein Vorschlag zu Lasten von 850.000 anspruchsberechtigten Kindern – und das in Zeiten hoher Inflation und sich verschlechternder Jobperspektiven.

Um es klar zu sagen: Bei den Vorschlägen handelt es sich augenscheinlich nicht um fachliche Überlegungen, wie eine gute Kinder- und Jugendhilfe aufgestellt und ggf. reformiert werden kann, sondern um die Ideen fachfremder Finanzpolitiker*innen, für die Kinder- und Jugendhilfe nur ein Ausgabeposten in der Haushaltsplanung ist und die weder die Folgen für junge Menschen berücksichtigen noch die gesellschaftlichen Folgekosten.

Eine Investition in die Zukunft sieht anders aus. Die so genannte Reformierung des SGB VIII gleicht einem Rückschritt in frühere Entwicklungen der Sozialen Arbeit. Der Sozialstaat in seiner jetzigen Form unterstützt, wenn auch noch nicht vollumfänglich, insbesondere Zielgruppen, die von Mehrfachbehinderungen (Intersektionalität) betroffen oder gefährdet sind, auf. Diesen Status gilt es zu erhalten und dafür einzustehen - als Status quo des modernen Sozialstaates.

Wir schließen uns daher der deutlichen Kritik vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen an.

Uns als Jugendverbände betreffen die Reformvorschläge jedoch auch unmittelbar. Denn eine der zentralen Grundlagen der Jugendverbandsarbeit soll zur Disposition gestellt werden: das Subsidiaritätsprinzip.

Das Subsidiaritätsprinzip und der Vorrang der freien Jugendhilfe schafft ein System, in dem junge Menschen an der Verwirklichung ihrer Interessen und der Schaffung von Angeboten nach ihrem Bedarf eine starke Stimme haben und sich selbst organisieren – so wie es bei den Jugendverbänden tagtäglich geschieht. Dem Vorschlag im Arbeitspapier liegt hingegen ein Bild junger Menschen zugrunde, dass diese zu bloßen Kostenverursachern degradiert und über die die Verwaltung bestimmen soll, welche ihrer Bedarfe zählen und welche nicht. Zugleich verbindet sich dieses Bild mit der Erwartung, dass durch Zentrierung der Aufgaben beim Staat und den Kommunen Kosteneinsparungen ermöglicht werden können. Die Trägerpluralität ist damit unmittelbar gefährdet – ein hohes Gut aus der zeitgenössischen Geschichte, welches zu wahren ist.

Wir fordern die Jugendpolitiker*innen aller demokratischen Parteien dazu auf, sich gegen diese Kürzungsvorschläge und den Umbau des SGB VIII zu positionieren und klarzustellen, dass die Interessen junger Menschen, ihre Teilhabe und die Ermöglichung ihrer Entwicklung

unabhängig von Herkunft, Lebenssituation oder individuellen Herausforderungen nicht zur Disposition stehen.

Zugleich fordern wir die Kommunen und kommunalen Spitzenverbände dazu auf, beim Bund durchzusetzen, dass für bundesgesetzlich zugewiesene Aufgaben eine entsprechende Finanzierung bereitsteht anstatt den Kostendruck an junge Menschen und deren Familien weiterzugeben.

—

—

—